

Mit der Jugend.

**Unser Land
braucht einen
neuen Anfang.**

Beschluß des 30. Bundesparteitages in
Hamburg am 5. November 1981
(angenommen mit einer Gegenstimme und
zwei Enthaltungen)

Präambel

① Unser Land braucht einen neuen Anfang. In wenig mehr als einem Jahrzehnt hat sich unsere Lage verändert, ist das politische Klima umgeschlagen.

Den meisten Menschen geht es gut, und sie haben doch Angst vor der Zukunft. Wir leben in Frieden, und doch haben viele Angst vor einem neuen Krieg. Sie fürchten auch, daß unsere herkömmliche Lebensweise selbstzerstörerische Folgen haben wird.

Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bürger haben in den vergangenen Jahrzehnten große Leistungen vollbracht. Viele junge Menschen erleben wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit als selbstverständlich. Sie stellen aber Fragen, die darüber hinaus gehen. Es scheint ihnen kaum möglich zu sein, die Erfahrungen und Wertvorstellungen der älteren Generation vorbehaltlos zu übernehmen. Auf ihre Art suchen sie nach Werten und fragen nach dem Sinn des Lebens. Sie wollen für ihre Zukunft einen neuen Lebensstil verwirklichen. Sie wünschen, in eigener Verantwortung handeln zu können. Ihre Lebensbezüge sollen überschaubar sein und konkrete Möglichkeiten der Mitwirkung anbieten. In den vergangenen Jahren jedoch hat die Politik bei den Menschen die Erwartung genährt, der Staat könne ihnen alle Probleme abnehmen. Der Staat hat den Menschen zu viel versprochen, und die Menschen haben zu viel vom Staat erwartet. So kam es, daß die Ansprüche immer mehr wuchsen und der Gemeinsinn immer mehr schwand.

Das Selbstvertrauen in die eigene Kraft muß wiederhergestellt, Gemeinsinn wieder entwickelt werden. Immer mehr Menschen wollen sich mit der Zukunftsangst und dem Pessimismus unserer Tage nicht abfinden. Für uns christliche Demokraten gibt es keinen neuen Anfang ohne Hoffnung auf die Zukunft und ohne den Glauben an Gott.

Zu diesen Veränderungen unserer seelischen und geistigen Verfassung kommen objektive Herausforderungen, die uns vor neue Aufgaben auch für kommende Generationen stellen: Den Frieden zu sichern angesichts wachsender Spannungen zwischen Ost und West und Nord und Süd; zum Frieden beizutragen durch Linderung von Hunger, Not und Elend in der Welt; den tiefgreifenden wirtschaftlichen Strukturwandel zu bewältigen; den sozialen Frieden auch in Zeiten geringeren wirtschaftlichen Wachstums zu erhalten und den technischen Fortschritt in den Dienst des Menschen zu stellen.

Diese Herausforderungen können wir dann bestehen, wenn wir

- Frieden und Freiheit sichern,
- die Soziale Marktwirtschaft erneuern,
- der Jugend in Bildung und Beruf neue Zukunftschancen schaffen,
- unserer Gesellschaft wieder eine menschliche und überschaubare Ordnung geben.

Frieden und Freiheit sichern

② Die Menschen sehnen sich nach Frieden, und viele haben Angst vor dem Krieg. Viele sehen den Sinn von Rüstung im atomaren Zeitalter nicht ein. Viele können sich nicht damit abfinden, daß auf dieser Erde jährlich Milliarden für Waffen ausgegeben werden, während Millionen Menschen verhungern, weil ihnen das tägliche Brot fehlt.

Viele fragen sich — und diese Frage ist verständlich —, ob die Bereitschaft zur militärischen Verteidigung im atomaren Zeitalter noch gerechtfertigt werden kann, oder ob nicht der Verzicht auf Verteidigung mit der Waffe und der gewaltlose Widerstand geboten sei.

Das christliche Gebot der Nächstenliebe verlangt von uns, Menschenrecht und Menschenwürde zu achten, zu schützen und zu verteidigen. Es verlangt von uns nicht, ihre Verletzung wehrlos zu dulden. Einzelne mögen sich für ihre Person für Gewaltverzicht entscheiden; die staatliche Gemeinschaft aber hat in jedem Falle die Aufgabe, ihre Bürger vor Gewalt zu schützen. Es ist, auch in unserer Zeit, sittlich nicht erlaubt, das eigene Volk der Diktatur und der Unfreiheit auszusetzen.

Unsere Bündnis- und Verteidigungspolitik soll andere davon abschrecken, im Krieg oder in erpresserischer Drohung noch ein Mittel der Politik zu sehen. Unsere Außen- und Sicherheitspolitik soll den Ausbruch jeden Krieges oder die Androhung von Gewalt und damit den Verlust von Frieden und Freiheit verhindern. Das Ziel, die Würde und die Rechte des Menschen zu schützen, die Existenz unseres Volkes in Frieden und Freiheit zu sichern und nach besten Kräften zur Beseitigung von Ungerechtigkeit und Elend in der Welt beizutragen, gibt unserer Außenpolitik die ethische Grundlage.

Alles politische Handeln muß auf die Verwirklichung der Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit und damit auf die Sicherung des Friedens ausgerichtet sein. Indem wir für Frieden, Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht aller Völker eintreten, erfüllen wir zugleich den Auftrag unserer Verfassung, Recht und Freiheit für das ganze deutsche Volk zu erstreben.

Die CDU wird das Gespräch über den besten Weg zu Frieden in Freiheit mit allen Bürgern und Gruppen suchen.

Unsere Bereitschaft und Fähigkeit zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und jeder anderen totalitären Ideologie müssen wir unter Beweis stellen. Wir dürfen nicht den Anschein erwecken, als ließen sich die fundamental gegensätzlichen Positionen des Totalitarismus und westlicher Demokratie einander annähern oder gar überbrücken. Wir wollen praktische Verständigung ohne Verharmlosung der Gegensätze oder gar geistige Selbstaufgabe. Das beinhaltet auch den friedlichen Austausch zwischen den Völkern.

③ Die internationale und innenpolitische Lage hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt:

— Verstärkte Spannungen belasten die Ost-West-Beziehungen. Die Erwartungen, die der Westen an die Entspannungspolitik geknüpft hat, haben sich nicht erfüllt. Der Friede ist in den siebziger Jahren nicht sicherer geworden. Im Gegenteil: Die So-

wjetunion hat diese Phase genutzt, um ihr militärisches Übergewicht und ihre Einflußsphäre auszubauen.

- Die Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa und in der Welt sind bisher ohne befriedigendes Ergebnis geblieben. Es ist nicht gelungen, den Rüstungswettlauf zu beenden.
- Nach 12 Jahren SPD/FDP-Politik ist die Bündnistreue der Bundesrepublik Deutschland ins Zwielficht geraten und der Verteidigungswille geschwächt. Starke Kräfte in der SPD und Teile der FDP verlangen eine prinzipielle Änderung unseres Verhältnisses zum atlantischen Bündnis und zu den Vereinigten Staaten. Nicht wenige in der SPD streben eine Neutralisierung Deutschlands an.
- Die politische Einigung Europas kommt nicht schnell genug voran. Die Fähigkeit einzelner westeuropäischer Regierungen, vordringlich außen- und sicherheitspolitische Notwendigkeiten gegen innenpolitische Wünsche durchzusetzen, ist geschwächt. Zum Teil sind sie nicht mehr bereit, ihr Bekenntnis zu den gemeinsamen Wertvorstellungen und Zielsetzungen des atlantischen Bündnisses in praktische Politik umzusetzen.
- Hunger und Armut in der Dritten Welt nehmen zu. Die Entwicklungslücke zwischen Nord und Süd hat sich noch weiter geöffnet. Die Energiekrise hat nicht nur die wirtschaftliche Sicherheit der Industrienationen, sondern in besonderem Maße die ärmsten Entwicklungsländer getroffen.
- Die Sowjetunion nutzt in der Dritten Welt die auftretenden Spannungen vielfach für ihre Zwecke aus, statt im Interesse des Friedens zu ihrer Schlichtung beizutragen und eine ihrer Wirtschaftskraft entsprechende Entwicklungshilfe zu leisten.

Diese Veränderungen stellen die Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren vor neue Herausforderungen. Wir können diese Herausforderungen nur bewältigen, wenn wir uns erneut auf die politischen und geistigen Grundlagen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik besinnen und dem unauflöflichen Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik Rechnung tragen.

CDU: Partei des Friedens und der Freiheit

④ Die CDU ist Partei des Friedens. CDU und CSU haben eine Politik durchgesetzt, die den Frieden in Europa in den letzten dreißig Jahren gesichert hat.

Für die CDU ist Friedenspolitik mehr als die Verhinderung von Krieg. Frieden ohne Gerechtigkeit ist ebensowenig denkbar wie Frieden ohne Freiheit.

⑤ Die CDU ist Partei der Freiheit. Sie weiß, daß der Gegensatz von Freiheit und Diktatur die eigentliche Ursache der Spannung zwischen Ost und West ist. Dies bestimmt die geistige und politische Auseinandersetzung im geteilten Europa und damit auch im geteilten Deutschland. Diese Auseinandersetzung wird auch im Rahmen der „Politik friedlicher Koexistenz“ mit unverminderter Intensität geführt. Für jedes totalitäre System ist die Freiheit als solche eine Herausforderung und Bedrohung, selbst dann, wenn der Westen einseitig abrüsten würde.

Die CDU tritt aktiv für die Menschenrechte in aller Welt ein. Deshalb unterstützt sie die Arbeit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und von Amnesty International.

6 Die CDU setzt unbeirrt auf die friedensstiftende Kraft Europas. Sie fordert daher die unverzügliche und entschlossene Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur politischen Union mit den ihrer weltpolitischen Verantwortung entsprechenden außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Entscheidungsbefugnissen. Die CDU ist davon überzeugt, daß die politische Union eine historische Aufgabe bei der Bewahrung und Festigung des Weltfriedens zu übernehmen hat; denn die Europäische Gemeinschaft als freie, demokratische, soziale und grenzüberwindende Kraft ist ein Symbol für die Sicherung von Frieden und Freiheit. Ein Krieg zwischen ihren Mitgliedstaaten ist nicht mehr vorstellbar. Deshalb ist der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft vor allem auch Friedenspolitik.

7 Wir rufen unsere Partner im atlantischen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft zu einer umfassenden Friedensinitiative auf, die alle außenpolitischen Möglichkeiten zur Förderung friedlicher Zusammenarbeit ausschöpft, aufeinander abstimmt und an dem übergeordneten Ziel der Sicherung des Friedens in Freiheit ausrichtet. Das gilt insbesondere für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der freien Welt mit der Sowjetunion, die innerhalb des Bündnisses stärker als bisher koordiniert werden muß.

8 Die CDU fordert alle auf, die sich für den Frieden engagieren, in ihrer Friedenssehnsucht die politische Wirklichkeit nicht zu vergessen. Wer die Bundesrepublik Deutschland aus der Gemeinschaft der freien Demokratie lösen will und die einseitige Abrüstung des Westens fordert, beschwört die Gefahr der Anwendung oder Androhung von Gewalt geradezu herauf. Wehrlosigkeit gefährdet den Frieden.

9 Unsere besondere Verbundenheit und Achtung gelten jenen, die den Frieden und die Freiheit unseres Volkes durch ihren Dienst in der Bundeswehr schützen. Die Verteidigung unseres Landes ist Sache des ganzen Volkes. Sie erfordert die Bereitschaft aller Bürger, für die Sicherheit unseres freien Gemeinwesens einzutreten. Das Wissen junger Menschen über den Verteidigungsauftrag muß verstärkt werden. Wir respektieren die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen.

10 Die grundlegenden Ausrichtungen und Entscheidungen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik müssen wieder auf einem möglichst breiten nationalen Konsens beruhen. SPD und Teile der FDP haben diese gemeinsame Grundlage verlassen. Die CDU betont, daß für sie Verteidigungsfähigkeit und Entspannung gleichwertige Elemente deutscher Außenpolitik sind. Die innenpolitischen, insbesondere die wirtschafts- und finanzpolitischen Voraussetzungen für die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland müssen wieder gesichert werden.

11 Der Doppelbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 soll das Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West wiederherstellen. Die CDU bekennt sich vorbehaltlos zu einer konsequenten und zeitgerechten Verwirklichung dieses Beschlusses in seinen beiden Teilen.

Rüstungskontrolle und Abrüstung

12 Das wichtigste aktuelle außenpolitische Ziel ist die allseitige Begrenzung und Verringerung der Rüstungen und ihr Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau – unter der Voraussetzung unverminderter Sicherheit.

13 Die CDU fordert die Sowjetunion auf, ihre Bereitschaft zu Zusammenarbeit und Entspannung bei den konkreten regionalen und weltweiten Bemühungen um Abrüstung und Rüstungsbegrenzung zu beweisen und die völkerrechtswidrige Besetzung Afghanistans durch den Rückzug ihrer Streitkräfte zu beenden.

Sie ruft die Sowjetunion insbesondere auf:

- die bevorstehenden Rüstungskontrollverhandlungen mit dem Ziel des Gleichgewichts auf einem möglichst niedrigen Niveau der Rüstungen zu führen
- der totalen Ächtung und überprüfbaren Abrüstung chemischer und biologischer Waffen zuzustimmen
- Fortschritte bei den Verhandlungen über eine ausgewogene Verminderung der Streitkräfte in Mitteleuropa (MBFR) zu ermöglichen
- sich konstruktiv an den Abrüstungsbemühungen im Genfer Abrüstungsausschuß zu beteiligen
- die in der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Schlußakte von Helsinki) eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten
- vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich in ganz Europa auszubauen
- den Druck auf Polen zu beenden und dem polnischen Volk die selbständige Entscheidung über seinen politischen Weg zuzugestehen

14 Die CDU hält eine weltweite Beschränkung des Rüstungsexports unter Einschluß der UdSSR und ihrer Verbündeten für notwendig und fordert daher die Bundesregierung auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine international kontrollierte Vereinbarung dieser Art zu erreichen. Die CDU tritt auch in Zukunft für eine restriktive deutsche Rüstungsexportpolitik ein.

Friedenssicherung und Entwicklungspolitik

15 Ernsthafte Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sind auch notwendig, damit die bisher für Rüstung aufgewendeten Mittel sinnvoller, zum Beispiel für die Bekämpfung des Hungers in der Welt, eingesetzt werden können. Friede ist auf die Dauer unerreichbar bei extremen Unterschieden der Lebensbedingungen der Menschen und Völker. Entwicklungshilfe ist daher ein entscheidender Beitrag zum Frieden und muß als solcher mehr Beachtung finden.

Das Gebot der christlichen Nächstenliebe verlangt von uns materielle und geistige Opfer, um das Überleben von Millionen von Menschen sichern zu helfen. Das Bestreben, dem Grundrecht Leben weltweit Geltung zu verschaffen, muß zum moralischen Imperativ der deutschen Politik werden. Wir müssen anders leben, damit andere überleben.

- 16 Die CDU tritt für die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Menschen und Völker der Dritten und Vierten Welt ein. Ohne die gleichberechtigte Partnerschaft der Industrie- und Entwicklungsländer sind die gemeinsamen Ziele der Nord-Süd-Zusammenarbeit nicht zu erreichen. Diese Zusammenarbeit muß die eigenständigen Traditionen und die kulturelle Identität der Völker der Dritten und Vierten Welt berücksichtigen. Dabei kommt es entscheidend auf das mitmenschliche Engagement jedes einzelnen an. Hier bietet sich gerade jungen Menschen die Chance, einen sinnvollen Beitrag zur Beseitigung von Ungerechtigkeit und Not in der Welt zu leisten. Wir müssen Mitverantwortung übernehmen, um die Lebenschancen der Menschen in der Dritten Welt und Vierten Welt zu verbessern. Die humanitäre Basishilfe (Hunger- und Katastrophenhilfe) ist jedem Staat, unabhängig von dessen politischer Struktur, zu gewähren. Unser Engagement für die Dritte und Vierte Welt muß neue Wege gehen. Staatliche Maßnahmen allein reichen nicht aus, um Ungerechtigkeit und Elend zu beseitigen. Die CDU fordert alle gesellschaftlichen Gruppen auf, einen eigenständigen Beitrag zu leisten. Die Politik soll private Initiativen von Unternehmen und freien Trägern fördern und unterstützen. Langfristig werden wir nur dann zu der notwendigen wesentlichen Steigerung unserer finanziellen Hilfe kommen, wenn alle Bürger Entwicklungshilfe als ein persönliches Anliegen betrachten.
- Die Bereitschaft junger Leute, sich in Entwicklungsländern persönlich zu engagieren, sollte weiter gefördert werden. Dazu gehört auch, daß eine solche Leistung junger Bürger nach ihrer Rückkehr in die Heimat bei uns Anerkennung findet, zum beruflichen Fortkommen beiträgt und nicht, wie bisher allzuoft, zu abschreckenden Benachteiligungen führt.
- 17 Entwicklungshilfe muß in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe sein. Das setzt eine stärkere Einbeziehung der Dritten und Vierten Welt in den internationalen Handel sowie mehr industrielle Zusammenarbeit voraus. Die CDU lehnt den wachsenden Protektionismus der westlichen Industrieländer ab. Wir brauchen ein stärkeres Engagement aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte in den Entwicklungsländern. Statt bisheriger Millionenprojekte brauchen wir jetzt Projekte für Millionen.
- Wir müssen einen unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechenden Beitrag zur Bekämpfung der Armut und des Hungers in der Dritten und Vierten Welt übernehmen. Diese Verpflichtungen treffen alle dazu fähigen Staaten gleichermaßen: Auch die Sowjetunion und die osteuropäischen Staatshandelsländer, die zusammen nur ein Zehntel der jährlichen Entwicklungshilfeleistungen der westlichen Industrieländer aufbringen.
- Die explosionsartigen Veränderungen auf dem Weltenergiemarkt haben für viele Entwicklungsländer eine dramatische Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen zur Folge.
- Es muß Aufgabe der Industrienationen sein, einerseits speziell auf die Bedürfnisse und Situation der Entwicklungsländer zugeschnittene Energie-Technologien zu entwickeln und andererseits im eigenen Land die von ihnen beherrschten Techniken zur Energieerzeugung soweit möglich zum Ersatz für das Erdöl einzusetzen.
- 18 Ein koordinierter europäischer und mit den USA abgestimmter Beitrag zur Konfliktverhütung und friedlicher Konfliktregelung in der Dritten und Vierten Welt, insbe-

sondere im Nahen und Mittleren Osten liegt auch in unserem nationalen Interesse. Die Bundesrepublik Deutschland ist als exportorientiertes und rohstoffarmes Industrieland auf die Dritte und Vierte Welt angewiesen. Die CDU wird sich daher in einer künftigen Bundesregierung verstärkt um eine europäische Sicherung der für unser Land lebenswichtigen außenwirtschaftlichen Verbindungen und Interessen bemühen.

Deutschlandpolitik

19 Trotz Teilung bestehen Deutschland und das deutsche Volk als Einheit fort und mit ihm sein Recht auf Selbstbestimmung. Die Aussage des Deutschlandvertrages, daß eine frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ein wesentliches Ziel der gemeinsamen westlichen Politik ist, bleibt gültig und verpflichtend. Wir fordern jeden Deutschen auf, für die Einheit und Freiheit ganz Deutschlands einzutreten. Wir arbeiten für die Verwirklichung der Menschenrechte. Wir wollen eine Zukunft Europas, die Mauer und Todeszaun beseitigt und die Grenze durch Freiheit überwindet. Das Verlangen nach Selbstbestimmung und friedlicher Wiederherstellung der deutschen Einheit im europäischen Rahmen muß ein vitales Element der deutschen Politik sein. Dies ist ein entscheidender Auftrag.

Beziehungen zu denjenigen Staaten und politischen Kräften, welche die deutsche Teilung gegen den Willen des deutschen Volkes aufrechterhalten, bejaht die CDU auch, um den Frieden zu wahren, die Lebensfähigkeit Berlins zu sichern, die Menschenrechte für alle Deutschen zu verwirklichen, menschliche Kontakte im geteilten Deutschland zu fördern und menschliche Erleichterungen zu schaffen.

Solange sich das Ziel der deutschen Einheit nicht verwirklichen läßt, bleibt es die vorrangige Aufgabe der Deutschlandpolitik, die Folgen der Teilung für die Menschen erträglicher zu gestalten.

In ihrer praktischen Politik wird sich die CDU daher weiter ständig darum bemühen, ein Höchstmaß an menschlichen Begegnungen und an Austauschmöglichkeiten von Meinungen und Informationen im geteilten Deutschland zu verwirklichen sowie die Lage der Deutschen in der DDR und in den Ostblockstaaten zu erleichtern. Die CDU sieht darin zugleich einen entscheidenden Beitrag, die Einheit der deutschen Nation über die Zeit der Trennung hinweg zu erhalten.

Frieden und Zusammenarbeit

20 Die CDU weiß, daß auch die Völker der Sowjetunion und Osteuropas nicht zuletzt aus der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges, in dem sie Millionen von Todesopfern bringen mußten, in Sicherheit und Frieden leben wollen. Wir haben nach den bitteren Lehren der eigenen Geschichte und angesichts der Leiden unseres Volkes und anderer Völker feierlich den Gewaltverzicht erklärt. Die CDU fordert die Sowjetunion auf, auf jede Androhung und Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele zu verzichten und das Sicherheitsinteresse sowie das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker zu achten.

21 Die CDU ist zu einem kontinuierlichen Dialog mit der sowjetischen Führung und den Regierungen der osteuropäischen Staaten bereit. Dieser Dialog ist auch notwen-

dig, um das Bewußtsein für gemeinsame Interessen und Aufgaben wachsen zu lassen. Das bedingt, daß wir die politischen Motive und Ziele unserer Gesprächs- und Verhandlungspartner in der Sowjetunion und in Osteuropa verstehen, auch wenn wir mit ihnen nicht einverstanden sind. Das heißt aber auch, daß wir sie über unsere eigene Politik nicht im unklaren lassen und daß wir ihr Verständnis für unsere Haltung ebenfalls erwarten.

② Die CDU tritt dafür ein, den Moskauer Vertrag, den Warschauer Vertrag, den Prager Vertrag, den innerdeutschen Grundvertrag sowie die Schlußakte von Helsinki nicht nur völker- und verfassungsrechtlich korrekt anzuwenden, sondern als Instrumente deutscher Politik im Interesse des deutschen Volkes und des Friedens zu nutzen und über den Grundsatz des Gewaltverzichts hinaus mit Leben zu füllen; das heißt, in konkrete Politik umzusetzen, die den Frieden verläßlich sichert und durch echte Völkerverständigung vertieft.

Um den in diesen Dokumenten vereinbarten Zielen, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und echte Entspannung zu erreichen, näher zu kommen, bedarf es weiterer konkreter Schritte zur Verbesserung und Erweiterung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet. So ist die Begegnung gerade mit Jugendlichen aus osteuropäischen Ländern ein wesentlicher Beitrag zu Frieden und Verständigung.

Europäische Gemeinschaft und atlantische Partnerschaft

③ Eine Zukunft in Frieden und Freiheit können wir nur in der Gemeinschaft der freiheitlichen Demokratien sichern.

Ohne das atlantische Bündnis, das entsprechend der Präambel des NATO-Vertrages eine auf Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit aufbauende Gemeinschaft ist, können die nationalen Interessen Deutschlands nicht verwirklicht werden. Die Einbindung in die atlantische Allianz und die enge Freundschaft mit den USA bleiben Voraussetzungen aktiver Friedenspolitik.

Der Türkei muß geholfen werden, daß sie den Weg zur Demokratie zurückfindet.

④ Die Zukunft des atlantischen Bündnisses wird wesentlich davon bestimmt werden, ob es den westeuropäischen Staaten gelingt, ihr Mitspracherecht durch die Übernahme von Mitverantwortung zu untermauern und auszubauen. Dabei wird der weitere Fortgang der Integrationsbemühungen innerhalb der europäischen Gemeinschaft die größte Bedeutung für die Frage haben, ob eine gleichberechtigte atlantische Partnerschaft gesichert werden kann.

⑤ Den Herausforderungen der Zukunft, insbesondere seinen Aufgaben als Partner der Dritten Welt, wird Europa nur als politische Union gewachsen sein. Die politische Integration — auch als Voraussetzung weiterer wirtschaftlicher und sozialer Integration — muß mit dem Ziel der politischen Union fortgesetzt werden. Hierfür sind dem Europäischen Parlament mehr Entscheidungsbefugnisse zu übertragen. Die Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik muß verbindlich vereinbart und die europäische politische Zusammenarbeit in die Verantwortlichkeit der Gemeinschaftsinstitutionen gestellt werden.

Die Soziale Marktwirtschaft erneuern

26 Die Soziale Marktwirtschaft hat unserem Land einen hohen Lebensstandard und vielen Bürgern Wohlstand gebracht. Trotzdem fragen viele, ob unsere Wirtschaftsordnung den heutigen Bedürfnissen noch gerecht wird und den Anforderungen der Zukunft gewachsen ist. Sie sehen ihre natürlichen Lebensgrundlagen bedroht, unersetzbare Ressourcen über Gebühr angegriffen und Arbeitsplätze als Folge des rasanten technischen Fortschritts gefährdet. Vor allem bei jungen Menschen wachsen Zweifel und Unbehagen: Sie fragen nach dem Sinn wirtschaftlichen Wachstums und nach den menschlichen und sozialen Kosten einer ökonomisch erfolgreichen Gesellschaft. Immer mehr Menschen entdecken, daß es Dinge gibt, die einen Wert, aber keinen Preis haben.

Gleichzeitig müssen wir feststellen, daß Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland sich in einem Prozeß tiefgreifender Veränderungen befinden, und wirtschaftliche und soziale Sicherung durch eine fehlerhafte Politik der vergangenen 10 Jahre immer mehr gefährdet werden. So richtig die Erkenntnis ist, daß wirtschaftliches Wachstum eine dem Menschen dienende Funktion hat, so richtig ist es aber auch daß wir heute angesichts der realen wirtschaftlichen Situation die wirtschaftlichen Voraussetzungen wieder schaffen müssen, um auch in Zukunft soziale Gerechtigkeit finanzieren, dadurch den sozialen Frieden sichern und so die wirtschaftliche und gesellschaftliche Produktivität wieder steigern zu können.

Ein Verzicht auf Wirtschaftswachstum bedeutet einen Verlust von Arbeitsplätzen bis hin zur Massenarbeitslosigkeit, die bewußte Inkaufnahme von wirtschaftlicher und sozialer Instabilität, Behinderung des Strukturwandels und Verminderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Preisgabe von Wachstumschancen ist nicht nur Resignation, sondern auch Verantwortungslosigkeit gegenüber der nächsten Generation deren Entfaltungsspielraum weitgehend eingeengt wird.

Ziele unserer Wirtschaftspolitik sind Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, stetiges Wachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und die Sicherung der ökologischen Zukunft unseres Gemeinwesens. Wir wollen eine Politik der Förderung der Wachstumsgrundlagen unserer Wirtschaft und Gesellschaft verwirklichen. Wo allerdings Wachstum zu einer unvermeidbaren Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt führt, muß notfalls auf solches Wachstum und damit verbundene Einkommensmehrung verzichtet werden.

Heute stellt sich uns die Aufgabe, die Soziale Marktwirtschaft unter veränderten Bedingungen zu erneuern. Schon die geistigen Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft haben gefordert, daß in einer „Zweiten Phase“ unsere Wirtschaftsordnung über die Befriedigung materieller Interessen hinaus zu einer integrierten wirtschaftlichen und ethischen gesellschaftspolitischen Konzeption werden müsse. Wir erkennen dabei, daß die geistig-ethischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, vor allem die Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität, in der Vergangenheit nicht immer verständlich genug gemacht und konsequent angewandt worden sind. Freiheit und soziale Gerechtigkeit können nicht durch eine wachsende Staatsquote und eine immer höhere Staats-

verschuldung, sondern nur durch praktizierte Solidarität und Subsidiarität dauerhaft verwirklicht werden.

Solidarität bedeutet Verpflichtung gegenüber den Leistungen der älteren Generation. Sie verlangt Bereitschaft, die eigene Leistung auch als Dienst an der Gemeinschaft und als Vorsorge für folgende Generationen zu begreifen. Ansprüche und materielle Besitzstände finden dort ihre Grenzen, wo sie zu einer Verminderung der Lebenschancen anderer oder zu einer unvertretbaren Belastung kommender Generationen führen. Dies gilt für die ökonomischen und ökologischen Grundlagen unseres Zusammenlebens gleichermaßen. Die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft ist auf Partnerschaft angewiesen. Diese Partnerschaft bedeutet nicht allein Partnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, von Produzenten und Konsumenten. Zu den Gestaltungsmerkmalen der Sozialen Marktwirtschaft gehört auch die Partnerschaft von Mann und Frau, von Arbeitswelt und Familie.

Nach dem Grundsatz der Subsidiarität treten wir dafür ein, daß der Staat nicht regeln soll, was der einzelne oder die freien gesellschaftlichen Gruppen aus eigenen Kräften leisten können. Mitmenschlichkeit und Hilfe zur Selbsthilfe dürfen nicht reglementiert, sie müssen gefördert werden. Vereine, offene Hilfen und demokratische bürger-schaftliche Aktionen finden unsere nachhaltige Unterstützung. Staatliche soziale Leistungen dürfen nicht dazu mißbraucht werden, um Abhängigkeitsverhältnisse zu begründen.

In einer Welt, in der weithin Knappheit und Not herrschen, ist Sparsamkeit und Effektivität auch eine moralische Forderung an Wirtschaft und Gesellschaft. Alle Vergleiche zeigen, daß die Soziale Marktwirtschaft eine Ordnung ist, in der menschliche Arbeit, Energie und Material am wirkungsvollsten eingesetzt und zugleich mehr Güter und Leistungen produziert werden als in anderen Wirtschaftssystemen.

Durch Wettbewerb werden die Produzenten gezwungen, ständig nach besseren Produkten und sparsameren Produktionsweisen zu suchen. Die Soziale Marktwirtschaft ist daher eine Ordnung der Innovation, der Flexibilität und des Fortschritts.

Die Soziale Marktwirtschaft ist Ausdruck unseres Menschenbildes, der Idee der verantworteten Freiheit und der Solidarität. Zu ihren geistigen Grundlagen gehören Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und persönliches und sozialverpflichtetes Eigentum, Eigenverantwortung und soziale Sicherung, Tarifautonomie und soziale Partnerschaft, Dezentralisierung und Selbstverantwortung, Autonomie der Unternehmen und Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Diese Grundlagen sind im letzten Jahrzehnt schwer gefährdet worden. In ihrem Zusammenhang stellen sie aber die unabdingbare Voraussetzung dafür dar, daß junge Menschen auch in Zukunft Arbeit finden, daß ihre Bildung und Ausbildung finanzierbar bleibt und daß sie sich auch in Zukunft auf einen leistungsfähigen Staat verlassen können.

⑦ Vorrang in der Wirtschaftspolitik muß die Förderung der Leistungsbereitschaft aller arbeitenden Bürger und der Investitionsfähigkeit aller Unternehmungen haben. Unternehmer und Arbeitnehmer müssen sich wieder auf die Stetigkeit staatlichen Handelns, vor allem in der Steuer- und Abgabepolitik verlassen und dadurch wieder Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft erwerben können. Wir treten für einen voll

funktionierenden Binnenmarkt mit einem ungehinderten Warenverkehr innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ein.

28 Um die notwendigen Investitionen zu ermöglichen, werden wir die Eigenkapitalbildung der Unternehmen stärken und die Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital beseitigen. Insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, die für Vollbeschäftigung und Wachstum einen unersetzlichen Beitrag leisten, muß durch wirtschafts- und steuerpolitische Maßnahmen die Bildung von Eigenkapital erleichtert werden. Neben den bewährten Modellen der Vermögensbildung ist die Bildung von Produktivvermögen in der Hand von Arbeitnehmern eine zwingende gesellschaftspolitische Notwendigkeit und zugleich eine wichtige Möglichkeit, die Eigenkapitalbildung zu verbessern. Die Verwirklichung der Freiheit bedarf der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung nach dem Prinzip der Subsidiarität. Selbständigkeit wird überall in der Gesellschaft gebraucht: Im ökonomischen Bereich ist sie unverzichtbar.

— Unternehmerische Selbständigkeit ist Voraussetzung der Sozialen Marktwirtschaft. Entscheidungsfreiheit und Entscheidungsfreude, Risiko und Risikolohn, Wagnis und Verantwortung sind hier so unmittelbar möglich wie in kaum einem anderen Bereich. Eine Vielzahl selbständiger Betriebe ist Grundbedingung für einen funktionsfähigen Wettbewerb auch auf einzelnen Märkten. Selbständigkeitspolitik ist das Kernstück unserer Mittelstandspolitik.

— Mehr Selbständigkeit der einzelnen Mitarbeiter schafft nach allen Erkenntnissen der Arbeitspsychologie mehr Freude am Beruf, Zufriedenheit am Arbeitsplatz und die Bereitschaft zum Mitdenken, zu Neuerungen.

Zu den Zukunftschancen der jungen Generation zählt auch die Möglichkeit, sich selbständig zu machen, in einem selbständigen Beruf Bestätigung und Erfüllung zu finden. Es gibt keinen besseren Bereich als den Mittelstand, um dieses Anliegen zu verwirklichen. Wenn die Marktwirtschaft als Ordnungssystem erfolgreich bleiben will, ist sie lebensnotwendig auf qualifizierten Nachwuchs angewiesen — im Bereich der Arbeitnehmer wie auch Unternehmer. Die Bereitschaft, Risiko zu übernehmen, ist vorhanden. Aufgabe der Union ist es, die Bereitschaft zu stärken.

29 Die Möglichkeit, in staatlichem Besitz befindliche Unternehmen zu privatisieren, muß sorgfältig geprüft werden. Eine Privatisierung kommt dort in Betracht, wo die Leistungen bei gleicher Versorgungsqualität effektiver und preisgünstiger erbracht werden können. Dabei ist gleichzeitig eine Beteiligung der Arbeitnehmer an dem Produktivvermögen anzustreben. Ist eine Privatisierung nicht möglich, muß dennoch auf den größtmöglichen Einsatz marktwirtschaftlicher Elemente wie Kostenerfassung und Kostenkontrolle, rationelle Verwendung der Mittel und unbürokratisches Management geachtet werden.

Wir fordern mehr Rechtssicherheit für alle, die über Energieinvestitionen entscheiden müssen, damit sie von gesicherten Rechtsgrundlagen ausgehen können. Einen unverzichtbaren Beitrag zur Energieversorgung werden die Kohle und die Kernenergie zu leisten haben. Zur Sicherung der Stromversorgung ist ein verantwortungsbewußter Ausbau der Kernenergie notwendig.

30 Wir werden die modernen Techniken fördern, von denen die Zukunft unseres Landes abhängt. Wir stellen die Technik in den Dienst des Menschen und seiner Würde. Technik und ihre Weiterentwicklung sind notwendig, um

- eine schnell wachsende Menschheit ausreichend mit Nahrungsmitteln, Energie- und Verbrauchsgütern zu versorgen,
- dauerhaft Rohstoffe aus schwieriger zugänglichen und weniger ergiebigen Lagerstätten zu beschaffen,
- die Belastung der Umwelt durch den Menschen zu begrenzen.

Wir werden die Diskussion über die Chancen und Risiken moderner Techniken verstärkt und offensiv führen. Wir werden nicht zulassen, daß durch die Blockade von Zukunftsinvestitionen Zukunftschancen verspielt, wirtschaftliche und soziale Krisen in der Zukunft heraufbeschworen werden. Wir wissen, daß nicht alles dem Menschen Mögliche auch das dem Menschen Gemäße ist. Der Mensch muß Herr der Technik bleiben. Er trägt dabei Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern für Natur und Umwelt gleichermaßen. Wir wissen aber auch, daß die positive Bewertung von Technik und technologischem Fortschritt eine wichtige Voraussetzung ist, neue Aufgaben zu lösen und den Menschen wieder Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu geben. Wir werden deshalb auch die rasche Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechniken, für die ein leistungsfähiges Kommunikationsnetz Voraussetzung ist, unterstützen, um dadurch mehr Chancengleichheit im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und medialen Bereich zu bewirken. Neue Technologien im Bereich der Individualkommunikation (z. B. Bildschirmtext) können mehr individuellen Gestaltungsspielraum im Arbeitsleben schaffen und dadurch einen Beitrag leisten, die Arbeitswelt zu humanisieren.

31 Wir brauchen für eine ausreichende Energieversorgung alle Energieträger und eine rationelle und sparsame Verwendung von Energie. Wir werden die neuen dezentralen Energietechniken, wie den Ausbau der Fernwärme einschließlich der Nutzung der industriellen Abwärme, der aus der Müllverbrennung gewonnenen Energien und der Technik der Kraft-Wärme-Koppelung, durchsetzen, wo immer dies wirtschaftlich möglich ist.

Wir müssen die über die heutigen Leichtwasserreaktoren hinausführenden modernen Entwicklungen vom Hochtemperaturreaktor einschließlich kleiner Einheiten bis hin zum schnellen Brutreaktor, der langfristig knappes Uran besser zu nutzen vermag, in der Forschung und Anwendung unterstützen. Die deutsche Kernenergietechnik liegt sowohl hinsichtlich des Sicherheitsstandards wie auch in der Minderung der Strahlenabgabe international an der Spitze. Das Entsorgungskonzept der Bundesrepublik Deutschland trägt dem Schutz künftiger Generationen in hohem Maße Rechnung. Es muß von allen politisch Verantwortlichen gemeinsam getragen und zügig verwirklicht werden.

Wir treten dafür ein, daß die Bürger umfassend und sachlich über die Kernenergietechniken informiert werden. Heute schon müssen wir neue Energiequellen erforschen, die langfristig die Chance für eine unerschöpfliche und umweltschonendere Energieversorgung eröffnen, insbesondere durch Kernfusion und einer umfassenderen Nutzung der Sonnenenergie.

32 Die Erhaltung der natürlichen Grundlagen des Lebens ist für uns ein Stück verantwortlicher Freiheit.

Wir werden innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft ökologische Rahmenbedingungen schaffen und dadurch die Voraussetzungen für den Schutz unserer natürlichen Umwelt verbessern. Durch eine bessere Förderung der Umweltforschung und eine Bestandsaufnahme aller erkennbaren Umweltgefahren wollen wir die Grundlage für eine rationale Umweltpolitik schaffen und unbegründeten Ängsten der Bürger entgegenwirken. Wir werden das Verursacherprinzip durchsetzen und die marktwirtschaftliche Leistungsfähigkeit bei der Lösung von Umweltproblemen nutzen. Notfalls werden wir durch Auflagen und Verbote drohenden Gesundheitsschäden oder nicht wiedergutzumachenden Umweltschäden vorbeugen. Die in modernen Techniken liegenden Chancen zum Abbau von Umweltbelastungen werden wir nutzen. Technologischer Fortschritt und Umweltschutz müssen kein Gegensatz sein.

Die Umwelt zu schützen ist nicht nur Aufgabe des Staates, sondern aller Bürger.

33 Die bürokratischen Bremsklötze für Investitionen müssen beseitigt werden. Der Bundesparteitag der CDU unterstreicht die Notwendigkeit, die im Entbürokratisierungsprogramm der CDU vom Bundesvorstand der CDU am 3. Dezember 1979 beschlossenen Maßnahmen (wie z. B. Steuervereinfachung, Abbau der Gesetzesflut, Verfahrensvereinfachung) rasch zu verwirklichen.

34 Wir werden den geordneten Wettbewerb weiter gesetzlich sichern und im Bereich der Fusionskontrolle verbessern. Ein leistungsfähiger Mittelstand ist eine Grundvoraussetzung des Wettbewerbs. Übermäßige Unternehmenskonzentrationen sind wettbewerbsfeindlich. Zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen muß das geltende Kartellrecht konsequent angewandt und das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb verbessert werden.

35 Wir fordern die Verminderung der leistungshemmenden Steuer- und Abgabenbelastung, ein Abbremsen des Schuldenzuwachses und eine Rückführung der Staatsquote. Unser Ziel ist es, eine Gesundung der Staatsfinanzen über die Ausgabenseite zu erreichen.

Wir werden dafür eintreten, alle Subventionen und Finanzhilfen des Staates mit dem Ziel zu überprüfen, Einsparungen von insgesamt 5 % zu erreichen.

36 Während die SPD Steuern und Schulden erhöhen will, um überhöhte Staatsquoten festzuschreiben und den Anteil konsumtiver Staatsausgaben auszuweiten, will die CDU Steuern und Schulden vermindern mit dem Ziel, staatliche Aufgaben zu beschränken und die Erfüllung öffentlicher Aufgaben so weit wie möglich in die Hände der Bürger selber und ihre freien Organisationen zu legen.

37 Der Arbeitsmarkt steht in den 80er Jahren vor besonderen Belastungen.

Wir finden uns mit der Arbeitslosigkeit nicht ab, weder mit der Arbeitslosigkeit der Männer noch mit der überproportionalen Arbeitslosigkeit der Frauen und schon gar nicht mit der Arbeitslosigkeit der jungen Menschen. Eine Gesellschaft, in der Millionen-Arbeitslosigkeit herrscht, ist weder gerecht noch in der Lage, den sozialen Frieden zu sichern. Ohne Arbeit für alle werden alle sozialen Sicherungen bodenlos. Ohne Arbeit bleiben Humanisierung der Arbeitswelt, Mitbestimmung und Miteigentum auf der Strecke.

Auch in Zukunft wird das wirtschaftliche Wachstum im Kampf um die Vollbeschäftigung seine Bedeutung behalten, die soziale Absicherung unverzichtbar sein. Unsere

Antwort ist nicht Pessimismus und Resignation. Es gibt genug neue Aufgaben, für die sich zu arbeiten lohnt: Beseitigung von Hunger und Elend in der Dritten Welt, Umweltschutz und Rohstoffversorgung, Sicherung und Einsparung von Energie sowie soziale Dienste auch außerhalb des herkömmlichen Arbeitsmarktes erfordern von uns verstärkte Anstrengungen. Das Ergebnis werden das nötige und akzeptierte Wachstum und die Arbeitsplätze bei uns und in der Dritten Welt sein, die wir für die Zukunft brauchen.

38 Unabhängig von der absehbaren Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den 80er Jahren ist zu fragen, ob normale Beschäftigung bedeuten muß, daß alle, die arbeiten wollen und können, während ihres ganzen Arbeitslebens täglich acht Stunden arbeiten, oder wie die Arbeit zu bewerten ist, die außerhalb des herkömmlichen Arbeitsmarktes geleistet wird.

39 Wir wollen schon heute die Strukturen auf dem Arbeitsmarkt und im Arbeitsleben flexibler, differenzierter und weniger zentralistisch gestalten. Dies dient einer Humanisierung des Arbeitslebens und bietet Frauen und Männern die Chance für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Undifferenzierte Forderungen, wie z. B. nach einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, erfüllen diese Anforderungen nicht, sondern würden im Gegenteil die Arbeitsmarktprobleme weiter verschärfen.

Wir wollen einen größeren Entscheidungsspielraum des einzelnen bei der Bestimmung der Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit, damit die Übergänge zwischen den Lebensbereichen und -phasen fließender werden.

40 Die Zahl der Arbeitnehmer wächst, die bereit sind, für eine kürzere Arbeitszeit auch Einkommensverluste hinzunehmen, während andere, die arbeiten wollen und können, keinen (Teilzeit-)Arbeitsplatz finden. Wir wollen deshalb durch eine qualitative Arbeitsmarktpolitik die Zahl der Arbeitsplätze vermehren und gleichzeitig den Freiheits- und Selbstbestimmungsraum des einzelnen erweitern. Wir sind gegen eine Politik, die Arbeitslosigkeit lediglich verwaltet, und für eine Politik, die der Arbeitslosigkeit vorbeugt und sie erst gar nicht entstehen läßt.

41 Teilzeitarbeitsplätze müssen vermehrt angeboten werden, wo immer dies wirtschaftlich möglich und von den Aufgaben her zu rechtfertigen ist. Wir setzen uns ein für neue Formen der Arbeitsteilung, wie z. B. die von uns vorgeschlagene Arbeitsplatzteilung (Job-Sharing). Junge Väter und Mütter, die sich gleichermaßen der Erziehung ihrer Kinder widmen und jeweils anteilig berufstätig sein wollen, sollen nicht in einen ganztägigen Beruf gezwungen werden. Arbeitnehmer, die neben ihrem Beruf mehr Zeit für Weiterbildung, ehrenamtliche Tätigkeit, Hobbys u. ä. nutzen wollen, sollten ein Angebot für anteilige Arbeit erhalten. Und wir treten dafür ein, daß gesetzliche, bürokratische und tarifvertragliche Hindernisse, die einem größeren Entscheidungsspielraum des einzelnen in der Bestimmung der Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit entgegenstehen, schrittweise beseitigt und die individuellen Wünsche nach Teilzeitarbeit mit den betrieblichen Möglichkeiten von Arbeitsplatzteilungen besser als bisher in Übereinstimmung gebracht werden. Nicht nur die Privatwirtschaft muß für neu zu erprobende Arbeitszeitmodelle gewonnen werden, sondern auch der öffentliche Dienst muß ein breites Angebot, auch für Beamte, zur Verfügung stellen. Älteren Arbeitnehmern sollten Angebote zu anteiliger Arbeit offenstehen, wenn sie einen allmählichen Übergang in den Ruhestand wünschen. Wir wollen, daß derjenige, der früher aus dem

Erwerbsleben ausscheiden will, dazu die Möglichkeit erhält, wenn er bereit ist, bei der Altersversicherung versicherungsmathematische Abschläge hinzunehmen.

42) Es bleibt wichtig, die Arbeitslosigkeit vorbeugend zu verhindern. Unverzichtbar für uns sind deshalb die Maßnahmen, die die CDU im Arbeitsförderungsgesetz neu geschaffen hat, wie z. B. die Förderung der beruflichen Ausbildung, Fortbildung und Umschulung, und die dazu beitragen, Arbeitslosigkeit erst gar nicht entstehen zu lassen. Das Arbeitsförderungsgesetz ist nach wie vor im Grundsatz richtig.

43) Wir werden aber auch dafür sorgen, daß der Mißbrauch des Arbeitsförderungsgesetzes unterbunden wird und daß derjenige, der einen zumutbaren Arbeitsplatz ausschlägt, obwohl er arbeiten kann, den Anspruch auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe verliert. Wer arbeiten kann, ist zur Leistung verpflichtet. Anders kann die Gemeinschaft denen nicht helfen, die zur Leistung nicht fähig sind, z. B. den Kranken, den Schwerbehinderten, den alten Mitbürgern.

44) Gerade in einer Zeit knapper Kassen muß sich die soziale Gerechtigkeit erst eigentlich bewähren. Nicht der Sozialstaat, sondern eine auf Quoten fixierte, quantitative, bürokratisierte und auf die Umverteilung von Geldleistungen eingeschränkte Sozialpolitik ist an ihre Grenzen gestoßen.

Die CDU verlangt deshalb eine neue qualitative Sozialpolitik, die auch Antworten auf die neuen sozialen Fragen gibt.

45) Wir wollen die soziale Wirksamkeit der sozialpolitischen Mittel erhöhen. Lernmittelfreiheit, Fahrtkostenzuschüsse etc. z. B. sind für diejenigen Bürger nicht notwendig, die ein hohes Einkommen haben. Die sozialen Leistungen müssen auf diejenigen konzentriert werden, die wirklich der Hilfe bedürfen. Die durch eigene Leistung oder Aufopferung für die Gemeinschaft erworbenen Rechtsansprüche müssen geschützt werden. Das Versicherungsprinzip, das Leistung und Gegenleistung zur Grundlage hat, darf weder durch eine Einheitsversicherung noch durch die Ausdehnung des Versorgungsstaates auf die Sozialversicherung beseitigt werden.

46) Bei der Verwirklichung von Sparmaßnahmen muß besonders darauf geachtet werden, daß die großen Organisationen, die über die entsprechenden Droh- und Störpotentiale verfügen, sich nicht zu Lasten der Nichtorganisierten oder der Minderheiten durchsetzen. Soziale Verteilungskonflikte dürfen nicht nach dem Gesetz des Dschungels, d. h. nach dem Recht des Stärkeren entschieden werden. Es ist heute besonders notwendig, daß die CDU sich als Anwalt derer versteht, die ohne eine mächtige Lobby sind.

47) Eine der wichtigsten neuen sozialen Fragen ist die Sicherung des Generationenvertrages. Er kann nur Bestand haben, wenn die jeweils arbeitende Generation durch ihre Beiträge für die Sicherung der Alterseinkommen und gleichzeitig durch Kinder für den Bestand der Gemeinschaft sorgt. Der Generationenvertrag umfaßt also drei Generationen. Deshalb muß neben der Beitragsleistung auch die Erziehungsleistung als ebenbürtige Leistung zur Sicherung des Generationenvertrages anerkannt werden.

Dieser Drei-Generationen-Vertrag ist heute gefährdet. Unsere Gesellschaft ist kinderfeindlich geworden. Wir werden auch weiterhin besonders die kinderreichen Familien ideell und materiell unterstützen. Das Kindergeld darf nicht gekürzt werden. Der Zusammenhang von Rentenpolitik und Familienpolitik muß wiederhergestellt werden.

Der Jugend in Bildung und Beruf neue Zukunftschancen schaffen

48 Durch die großen Anstrengungen der letzten 20 Jahre ist im Bildungsbereich viel geleistet worden: Die durchschnittliche Klassengröße war noch nie so niedrig, die Versorgung mit Lehrern noch nie so gut und die Zahl von modernen, zweckmäßigen Schulbauten noch nie so groß wie heute. Dennoch verzeichnen wir eine breite Unzufriedenheit von Schülern, Eltern und Lehrern mit unserem Bildungswesen. Wir stehen heute vor der Aufgabe, Fehlentwicklungen zu korrigieren, um so der jungen Generation Chancen für die Zukunft zu erhalten.

Zu den Fehlentwicklungen gehören:

- Verzicht auf Wertorientierung
- Verlust des Erzieherischen
- Überbetonung schulorganisatorischer Fragen gegenüber Bildungszielen und -inhalten
- die Vernachlässigung einer breiten Grundbildung
- die Verwissenschaftlichung der Schule.

I. Bildung und Erziehung als öffentliche Aufgabe

49 Erziehung ist nicht denkbar ohne die Vermittlung von Werten und Normen. Auch in einer pluralistischen Gesellschaft ist es möglich, eine Übereinstimmung über fundamentale Werte zu erzielen. Solcher Grundkonsens ist im Grundgesetz und in den Landesverfassungen erreicht. Bildungs- und Erziehungsziele haben sich daran zu orientieren. Danach sind die Lehrpläne zu gestalten, ist die Zulassung von Schulbüchern zu regeln und müssen sich vor allem Unterricht und Schulalltag richten. Dafür trägt jede Regierung gegenüber Parlament und Bevölkerung Verantwortung. Die Schule muß ihren Beitrag dazu leisten, daß junge Menschen den demokratischen und sozialen Rechtsstaat aus Überzeugung bejahen und für die Erhaltung unserer freiheitlichen Ordnung eintreten. Die Schule muß die Bedeutung wichtiger Grundwerte des gesellschaftlichen Zusammenlebens wie Gemeinsinn, Solidarität, Verantwortungsbeußtsein, Toleranz, Rechtsstaatsbeußtsein, Wahrhaftigkeit und Nächstenliebe vermitteln. Den Schülern ist die Notwendigkeit zu verdeutlichen, daß Freiheit in Frieden aktiv geschützt werden muß. Dazu zählt auch, daß die Schule Formen der Mitgestaltung anbietet, die eine Einübung dieser Ziele durch konkrete Aktivitäten möglich machen. Jungen und Mädchen sollen für ihre künftigen Aufgaben eine qualitativ gleichwertige Erziehung erhalten. Der Unterricht muß ein vertieftes Verständnis für unsere jüngere Geschichte, unsere Gesellschaft und ein klare Vorstellung von Deutschland vermitteln. Die Pflege guter Traditionen und verständlicher Symbole soll ein natürliches Zugehörigkeitsgefühl zum eigenen Vaterland erleichtern.

50 Das Schulwesen muß die unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten und das unterschiedliche Leistungsvermögen der Menschen berücksichtigen. Nur ein vielfältig

gegliedertes Schulwesen wird dieser Aufgabe gerecht, indem es unterschiedliche, aber gleichwertige Bildungswege anbietet. Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Sonderschule und berufliche Schulen haben einen jeweils besonderen pädagogischen Auftrag und deshalb ein eigenständiges Profil. Nivellierende Integrationssysteme lehnt die CDU auch weiterhin entschieden ab. Gesamtschulen müssen — dort wo sie bestehen — in ihrem fachlichen Angebot, in ihren Leistungsanforderungen und in der Vermittlung qualifizierter Abschlüsse dem gegliederten Schulwesen gleichwertig sein. Die Gesamtschule ist für uns keine Regelschule.

51) Der Vielfältigkeit der Begabungen entspricht ein differenziertes, eigenständiges und durchlässiges System der beruflichen Bildung — gleichwertig dem allgemeinbildenden Schulwesen —, das das „duale System“ ebenso umfaßt wie die verschiedenen beruflichen Vollzeitschulen. Die Ausbildung in einem Lehrberuf verdient die gleiche gesellschaftliche Anerkennung wie der Bereich der gymnasialen Oberstufe und der Universität. Die Gleichstellung beruflicher Ausbildungen mit allgemeinen Ausbildungsabschlüssen muß im Rahmen des gegliederten Berechtigungswesens Anerkennung finden.

52) Die Schule kann auf Leistung genauso wenig verzichten wie unsere Gesellschaft. Bildungseinrichtungen haben auch die Aufgabe, den jungen Menschen an die Leistungsanforderungen, die im späteren Leben an ihn gestellt werden, schrittweise und altersgemäß heranzuführen. Aber der ökonomisch verengte Leistungsbegriff aus der Berufswelt kann weder auf die Schule noch auf die ganze Gesellschaft übertragen werden. Die Leistung muß auch in der Schule ihre soziale Dimension behalten: Leistung nicht nur im Wettbewerb, sondern auch in der Solidarität mit anderen. Jede Begabung ist für die Entwicklung der Einzelperson wichtig, sie ist aber zugleich auch eine Verpflichtung für die Gemeinschaft. Wer den Leistungsgedanken in Bildung und Ausbildung durch grundsätzliche Leistungsfeindlichkeit oder durch Nivellierung untergräbt, zerstört die Voraussetzungen der sozialen Sicherheit. Besonderer Förderung bedürfen Kinder und Jugendliche mit Lern- und Verhaltensproblemen. Die Schule muß den unterschiedlichen Begabungen im theoretischen und praktischen Können mehr gerecht werden. Bei der Integration behinderter Menschen kommt der Schule eine entscheidende Rolle zu. Körperbehinderte und nach Möglichkeit auch lernbehinderte Kinder sollten gemeinsam mit Nichtbehinderten erzogen werden. So werden sie fähig, auch später als Erwachsene miteinander zu leben, Vorurteile abzubauen, Behinderte aus der Isolation herauszuholen. Behinderte haben Anspruch auf Förderung; auch sie sind zur Leistung fähig.

Bereitschaft zur Leistung setzt voraus, daß überzeugende und gerechte Leistungsmaßstäbe angewandt werden. Die CDU setzt sich daher für eine grundlegende Reform des Zulassungsverfahrens zum Hochschulstudium ein, um einer Pervertierung der Leistungsmessung zu begegnen und die negativen Rückwirkungen auf die Schule abzubauen.

53) Die Leistung unseres Bildungswesens muß internationalen Vergleichsmaßstäben gerecht werden. Ein internationales Bildungsgefälle zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland muß im Interesse der Lebenschancen der jungen Generation verhindert werden. Die CDU setzt sich daher für die Förderung von Hochbegabten ein, aus welchen gesellschaftlichen Schichten auch immer sie kommen. Unser Land braucht sie in

allen Bereichen kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Tätigkeit, den Forscher ebenso wie den qualifizierten Facharbeiter. Die knapper werdenden öffentlichen Mittel sind bevorzugt dort einzusetzen, wo die Empfänger nach Leistungsfähigkeit und Leistungswillen einen solchen Einsatz gerechtfertigt erscheinen lassen. Eine so verstandene Heranbildung von Eliten muß als eine Aufgabe des gesamten Bildungssystems begriffen werden.

54 Den Eltern kommt ein umfassendes Erziehungsrecht als Grundrecht zu. Der Staat hat auch in Schule und Unterricht die Aufgabe, das elterliche Erziehungsrecht zu schützen. Die Schule darf nicht länger eine Veranstaltung allein zwischen Lehrern und Schülern sein. Bildungspolitik und Schulalltag müssen mit den Eltern, sie dürfen nicht gegen sie gestaltet werden. Fragen des Unterrichtsinhalts, der Auswahl der Schulbücher und der Behandlung zeitgeschichtlicher, politischer und kultureller Themen müssen ebenso wie das gesamte Schulleben von den Eltern mitgeprägt werden können. Insbesondere haben die Eltern das Recht, sich zwischen unterschiedlichen Bildungswegen, die im Anschluß an die Grundschule gewählt werden können, frei zu entscheiden.

II. Mehr Menschlichkeit in der Schule

55 Mehr Menschlichkeit in der Schule setzt voraus, daß die Schule überschaubar bleibt. Deshalb fordert die CDU, daß wohnortnahe Schulstandorte, die das Zusammengehörigkeitsgefühl der Schüler stärken und ihnen unzumutbar lange Schulwege ersparen, auch bei zurückgehenden Schülerzahlen erhalten bleiben. Auch in Zeiten knapper Kassen darf dies nicht aus finanziellen Gründen scheitern. Die überschaubare Schule mit kleinen Klassen trägt wesentlich dazu bei, den personalen Bezug zwischen Lehrern und Schülern, auf den es für den Erfolg der Erziehung entscheidend ankommt, zu stärken. Der übertriebene Wechsel von Lehrern, Mitschülern und Unterrichtsräumen verhindert personelle, sachliche und räumliche Bindungen. Deshalb sollen das Klassenlehrerprinzip verstärkt, mehr Unterricht in der Stammklasse angestrebt, große Schulen untergliedert werden.

56 Die CDU setzt sich für die Verkürzung der überlangen Ausbildungszeiten ein. Eine vernünftige Relation zwischen Schuldauer und Lerninhalten sollte das bildungspolitische Ziel sein. Auf dieser Grundlage strebt die CDU bis zum Ende der 80er Jahre die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf zwölf Jahre an. Probleme des Arbeitsmarktes können nicht durch eine Verlängerung der Schul- und Ausbildungszeiten gelöst werden. Die CDU sieht das Gymnasium als pädagogische Einheit an und lehnt eine Abtrennung der Jahrgangsstufen 5 und 6 sowie der Oberstufe ab. Ein Ziel der Studienreform muß es sein, die Studienzeiten zu verkürzen. Ein zehntes Pflichtschuljahr in der Hauptschule lehnt die CDU ab. Eine stärkere Differenzierung und Flexibilität der Dauer der beruflichen Erstausbildung, etwa durch vermehrte Möglichkeiten der vorgezogenen Abschlußprüfungen oder durch Phaseinteilungen mit Teilabschlüssen würden ebenso der generellen Straffung der Erstausbildung dienen wie der Verbesserung der individuellen Erfolgchancen.

57 Das Lernziel der Schule, die Sprache im Unterricht und der Inhalt der Schulbücher müssen von falschem wissenschaftlichem Ehrgeiz befreit werden. Die Allgemeinbildenden

den Schulen müssen sich wieder auf ihren eigentlichen Bildungsauftrag besinnen: eine möglichst breite Basis an Allgemeinbildung zu vermitteln. Frühzeitige Einengung und Spezialisierung sind zu vermeiden. Es kann nicht bei einer Entwicklung bleiben, daß Schüler immer mehr lernen müssen und dennoch immer weniger wissen. Am Anfang des schulischen Lernens muß wieder die sichere Beherrschung der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen stehen. Darauf aufbauend soll die Schule in den einzelnen Fächern ein solides Grundwissen vermitteln sowie die allgemeine Sprach-, Denk- und Lernfähigkeit fördern. Schullaufbahn und Ausbildungserfolg dürfen nicht länger abhängig sein von familiären oder anderen außerschulischen Leistungen und Hilfen. Allgemeinbildung bedeutet die Entfaltung aller menschlichen Fähigkeiten. Unterricht muß sowohl das rationale als auch das emotionale, soziale und leibliche Wesen des Menschen berücksichtigen. Die Schule soll den Schüler zur praktischen Lebens- und Problembewältigung befähigen. Eine lebensvorbereitende Schule muß auch offen gegenüber der Arbeitswelt sein, so daß die persönliche Einstellung des Schülers zur Arbeit an der Realität orientiert ist.

Die Vermehrung des Wissens, der schnelle Wandel unserer Zeit und die verstärkt notwendige Mobilität erfordern eine Erziehung zu lebenslangem Lernen. Die Schule muß sowohl die Notwendigkeit hierzu verdeutlichen als auch die Motivation vermitteln.

58 Die CDU tritt für eine verstärkte Förderung der staatlich anerkannten Privatschulen und gleichwertiger Schulen in freier Trägerschaft ein. Auch in Zeiten knapper Kassen muß den Privatschulen möglich sein, ihre Arbeit auf dem anerkannt hohen Niveau fortzusetzen. Es kann der Qualität der öffentlichen Schulen nur zugute kommen, wenn sie im Wettbewerb mit attraktiven Schulen in privater und freier Trägerschaft stehen. Auch im Hochschulbereich kann größere Vielfalt durch Universitäten in freier Trägerschaft entstehen. Die Kultusminister der unionsregierten Länder werden aufgefordert, Modellvorschläge zu entwickeln. Diese können sich auch auf Teilbereiche der Hochschule beschränken, wie z. B. auf postgraduierte Studiengänge.

59 Der CDU ist die Verbesserung der Ausbildungschancen für die Kinder ausländischer Mitbürger ein besonderes Anliegen. Die Schule muß dem ausländischen Schüler die Möglichkeit geben, insbesondere durch intensiven Unterricht in der deutschen Sprache, an den Bildungsangeboten in Deutschland in vollem Umfang teilzunehmen. Die Schulorganisation muß so angelegt sein, daß die deutschen Schüler nicht in ihren Bildungsmöglichkeiten durch einen übergroßen Ausländeranteil mit mangelhaften Kenntnissen der deutschen Sprache behindert werden.

III. Bildung und Ausbildung durch individuelle Förderung

60 Die Hauptschule soll ihren geachteten Platz im Bildungswesen wieder zurückgewinnen, indem sie in ihrer spezifischen Aufgabe als weiterführende Schule in das berufliche Bildungswesen begriffen und danach gestaltet wird. Die CDU wird deshalb dafür sorgen, daß die Hauptschule wieder eigene Vorzüge erhält, zum Beispiel:

- kleine Klassen, überschaubare Schulen,
- familiennaher Schulort,
- besonders qualifizierte und ortsverbundene Lehrer,

- ein auf die individuelle Begabung zugeschnittenes und sie förderndes Bildungsangebot,
- kürzere, nicht über neun Jahre hinausgehende Regelschulzeit,
- enge Berufsbezogenheit durch ein breites Angebot von berufsnahen Arbeitsgemeinschaften und durch eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit der berufsbildenden Schule,
- günstigere Regelung der Zugangsvoraussetzungen zu bestimmten Berufen. Die CDU setzt sich dafür ein, daß alle Ausbildungsgänge, für die ohne ausreichende Begründung ein mittlerer Bildungsabschluß oder das Abitur als Eingangsvoraussetzung gefordert werden, wieder für Hauptschulabgänger geöffnet werden.

61 Das duale System, d. h. die praxisnahe Kombination von betrieblicher Ausbildung und Berufsschule, ist auch im Blick auf sinkende Nachwuchszahlen zu erhalten und qualitativ weiter auszubauen. Die Rahmenlehrpläne der Berufsschulen sind besser mit den Ausbildungsordnungen abzustimmen, um eine wirklich duale Ausbildung zu sichern. Das Berufsgrundbildungsjahr in Schule und Betrieb (sog. „kooperatives Grundbildungsjahr“) ist dem schulischen Berufsgrundbildungsjahr dort vorzuziehen, wo die organisatorischen und pädagogischen Voraussetzungen dafür vorliegen. Das Berufsgrundbildungsjahr ist kein Schul-, sondern ein Lehrjahr. Der Unterricht der Berufsschule soll je nach den Gegebenheiten in Blockform oder in Teilzeitform möglich sein. Die verschiedenen beruflichen Vollzeitschulen sind in quantitativer und qualitativer Abstimmung mit dem „dualen System“ den modernen beruflichen und pädagogischen Anforderungen immer wieder anzupassen. Der Fortbildung der Berufsschullehrer kommt wegen ihrer Nähe zur beruflichen Praxis besondere Bedeutung zu. Benachteiligte Jugendliche müssen besonders intensiv gefördert werden.

Die berufliche Weiterbildung gewinnt im Zuge fortschreitender technologischer und gesellschaftlicher Entwicklung zunehmend an Bedeutung. Sie muß deshalb den Aufstieg in einen Beruf, die Anpassung in einem Berufsfeld, das Training einmal erworbener Kenntnisse und Fertigkeiten wie auch die Umschulung in andere Berufsbereiche gewährleisten. Durch gezielte Bildungswerbung und die Förderung der Erwachsenenbildung sind diese Ziele zu unterstützen. In besonderem Maße sind Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit wegen familiärer Verpflichtungen unterbrechen, Hilfen für eine qualifizierte Weiterbildung anzubieten.

62 In der Oberstufe des Gymnasiums sind erhebliche Korrekturen notwendig, um erkennbare Mängel zu beheben. Dazu gehört eine überschaubare Organisation, Vergleichbarkeit und Eindeutigkeit bei den Leistungsanforderungen, eine Vereinfachung des Notensystems und eine spürbare Verringerung des Verwaltungsaufwandes. Wir fordern eine stärkere Berücksichtigung der Kernfächer bei der Wahl der Leistungskurse. Voraussetzung für die allgemeine Hochschulreife ist eine breite Grundbildung. Deshalb müssen bei der Weiterentwicklung der Oberstufe die Grundkurse stärker gewichtet werden, um eine zu frühe und einseitige Spezialisierung zu vermeiden.

Die CDU tritt dafür ein, daß im Pflichtkanon der Oberstufe des Gymnasiums die Fächer Deutsch, mindestens eine Fremdsprache, Mathematik und ein naturwissenschaftliches Fach sowie Geschichte bis zum Abitur geführt werden müssen. Dabei ist zugleich dem Prinzip der Wahlfreiheit für Oberstufenschüler angemessen Rechnung zu tragen.

63 Die notwendige Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen muß verbessert werden, darf aber weder durch individuelle Zuordnung des einzelnen zu bestimmten Berufen noch durch planwirtschaftliche Steuerung der Ausbildungsangebote erfolgen. Auch ein bedarfsorientierter Ausbau des Bildungswesens darf nicht als Garantie für einen gesicherten und den individuellen Erwartungen entsprechenden Arbeitsplatz mißverstanden werden. Aufgabe des Staates ist es allerdings, die Berufsentcheidung durch Information und Beratung über die möglichen Berufe und ihre Berufsaussichten zu erleichtern. Die allgemeinbildenden Schulen müssen eine gründliche Berufsvorbereitung durch eine stärkere Berücksichtigung der Arbeitswelt in den Lehrplänen bieten. Dabei ist verstärkt darauf zu achten, daß Mädchen und Jungen nicht einseitig auf traditionelle, angeblich geschlechtsspezifische Berufe hin beraten werden. Im Studium müssen Formen einer extremen beruflichen Spezialisierung abgebaut werden. Abiturienten müssen vermehrt auf Alternativen zum Studium, vor allem im beruflichen Bildungssystem hingewiesen werden. Die berufsqualifizierenden Abschlüsse müssen allgemein anerkannt werden. Die CDU setzt sich dafür ein, die Zugangsvoraussetzungen im staatlichen Laufbahnwesen unabhängiger vom Niveau bestimmter Bildungsabschlüsse zu gestalten. Es muß sichergestellt werden, daß in Bildung und Beruf die Leistung über Aufstiegs- und Einkommenschancen entscheidet.

IV. Lehrerbildung

64 Die CDU tritt dafür ein, daß in der Lehrerbildung die pädagogischen Fähigkeiten wieder wesentlich stärker gefördert werden als bisher. Der Lehrerberuf bedarf einer besonders ausgeprägten inneren Beziehung des Lehrers zu seiner Aufgabe. In der Ausbildung der Lehrer muß auch die Vermittlung eines pädagogischen Berufsethos wieder stärker Beachtung finden.

Die Lehrerausbildung muß so gestaltet sein, daß sie dem gegliederten Schulwesen entspricht. Die unterschiedlichen Aufgaben der Lehrer erfordern eine unterschiedliche Vorbereitung auf ihre Berufspraxis. Um eine verbesserte Ausbildung der Lehrer für die schulische Praxis zu erreichen, fordert die CDU die Einrichtung von Praxisphasen für alle Lehramtsstudiengänge. Nur der Lehramtsstudent, der die Praxis kennengelernt hat, weiß, welche Anforderungen an ihn gestellt werden, und richtet sein Studium danach aus.

65 Die CDU fordert von allen Lehrern die Bereitschaft, unsere Verfassung und den politischen Grundkonsens unserer Gesellschaft zur Grundlage der Erziehung in der Schule zu machen und der jungen Generation Sympathie und eine positive Haltung zu unserer staatlichen und vom Grundgesetz gewollten Gesellschaftsordnung zu vermitteln.

66 Lehrer sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gleichermaßen den Eltern wie der staatlichen Gemeinschaft verantwortlich. Die CDU setzt sich dafür ein, daß qualifizierte Lehrer den notwendigen pädagogischen Freiraum zur Erfüllung ihrer erzieherischen Aufgaben haben. Lehrpläne sollen auf das Wesentliche reduziert werden, damit eine lebendige Weiterentwicklung der Unterrichtspraxis ermöglicht wird und die einzelnen Schulen wie auch ihre Lehrer in der Lage sind, eigene Akzente zu setzen und flexibel auf die individuelle Unterrichtssituation einzugehen.

V. Hochschule

67 In der Hochschul- und Wissenschaftspolitik müssen wieder deutliche Prioritätsentscheidungen zugunsten einer höheren Qualität von Wissenschaft, Lehre und Forschung geschaffen werden. Die gegenwärtige Überlastung der Hochschulen mit sehr vielen Studenten auf knappen Studienplätzen darf wegen der damit verbundenen Auswirkungen auf die Qualität von Lehre, Studium und Forschung nicht zu einem Dauerzustand werden.

68 Eine kontinuierliche und behutsame Weiterentwicklung der Studieninhalte durch die Studienreform gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Hochschulen. Dabei ist das fachübergreifende Grundlagenwissen zu sichern, entbehrlicher Stoff zu streichen und das Studium nicht nur an wissenschaftlichen Anforderungen, sondern auch an den Bedürfnissen der Praxis auszurichten. Das Studium muß dem jungen Menschen sowohl zur Ausbildung als auch zur Entwicklung seiner Persönlichkeit dienen. Deshalb ist es wichtig, daß dem Studenten genügend Freiraum zu eigenverantwortlichem Handeln in der Hochschule zur Verfügung steht. Dazu müssen auch die Organe der verfaßten Studentenschaften dienen. Wir wollen qualifizierte Akademiker, die über ihre fachliche Bildung hinaus in der Lage und bereit sind, Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu tragen.

69 Für viele Familien bedeutet das Studium ihrer Kinder eine hohe finanzielle Belastung. Deshalb setzt sich die CDU für eine gerechte Unterstützung von Studenten aus Elternhäusern mit geringem Einkommen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFÖG) ein. Die CDU hält es allerdings für dringend geboten, eine Alternative zur derzeitigen Ausbildungsförderung zu entwickeln, damit die knappen Mittel sinnvoll eingesetzt werden können.

70 Staat und Gesellschaft sind heute mehr als je zuvor auf die Forschung angewiesen. Der wirtschaftliche und soziale Fortschritt eines Landes hängt ebenso wie seine internationale Konkurrenzfähigkeit entscheidend von dem Beitrag ab, den es zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu leisten vermag. Wichtigstes Ziel der Hochschulpolitik muß es daher in Zukunft sein, die Leistungsfähigkeit der Hochschulforschung zu sichern und zu stärken. Dazu gehört auch eine nachhaltige Förderung der Spitzenforschung, die es qualifizierten Wissenschaftlern ermöglicht, für einen begrenzten Zeitraum eine zusätzliche Ausstattung für bestimmte Forschungsvorhaben zur Verfügung gestellt zu bekommen. Außerdem ist zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang Lehrverpflichtungen von Wissenschaftlern zugunsten ihrer Forschungsarbeit vermindert werden können. Dem Technologietransfer von Hochschulen in die Wirtschaft kommt besondere Bedeutung zu. Deshalb muß bei anwendungsbezogener Forschung die rasche Vermittlung der Erkenntnisse in die Industrie gesichert sein. Zu den wesentlichen Voraussetzungen zur Steigerung des Standards an den Hochschulen gehört eine intensive Förderung des qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses.

Unser Ziel: Eine menschliche und überschaubare Ordnung in Staat und Gesellschaft

① Der demokratische Rechts- und Sozialstaat hat den Menschen Schutz der Grundrechte, Achtung der Menschenwürde und soziale Sicherheit gebracht. Die rechtsstaatliche Ordnung und die Sicherung vor den Grundrisiken des Lebens wie Alter, Krankheit, Unfall oder Arbeitslosigkeit waren wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung der individuellen Freiheit des Menschen.

Heute stellt sich die politische Aufgabe anders. Heute greift der Staat immer mehr in alle Lebensbereiche seiner Bürger regelnd ein. Persönliche Verantwortung wird immer mehr zurückgedrängt. Die ständig steigende Bürokratisierung erzeugt zunehmend Unsicherheit, Unzufriedenheit und Angst. Der Staat darf seinen Ehrgeiz nicht darin sehen, den Bürger zu bevormunden, sondern er muß ihm mehr vertrauen. Um diese Fehlentwicklung zu stoppen, bedarf es einer Neuorientierung in Staat und Gesellschaft. Dazu gehört aber auch eine Wiederbelebung menschlicher Tugenden. Das Selbstvertrauen in die eigene Kraft muß wieder hergestellt, Gemeinsinn wieder entwickelt werden. Der Einforderung von Rechten gegenüber dem Staat muß eine Bereitschaft zur Erfüllung von Pflichten durch den einzelnen entsprechen.

Gleichzeitig bedarf es einer Erneuerung der Wertorientierung. Die rücksichtslose Eroberung des Neuen ist nicht das Leitbild der Gesellschaft, die wir wollen. Vielmehr kommt es darauf an, die Umwelt zu schützen, auf Raubbau der Energie- und Rohstoffquellen zu verzichten und den Kindern eine Zukunft zu hinterlassen, die lebenswert ist und ihnen eigene Gestaltungsmöglichkeiten erhält.

Von entscheidender Bedeutung ist die Glaubwürdigkeit der gesellschaftlichen und politischen Institutionen. Sie dürfen nicht mehr versprechen als sie erfüllen können, und sie dürfen sich nicht anders darstellen, als sie tatsächlich sind. Nur wenn Anspruch und Realität annäherungsweise zur Deckung kommen, wirken Institutionen glaubwürdig, schaffen Vertrauen und ermöglichen Orientierung. Dies gilt besonders für die Politik.

I. Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht

② Die Verwirklichung der Freiheit bedarf der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung nach dem Prinzip der Subsidiarität.

Deshalb muß der Staat auf die Übernahme von Aufgaben verzichten, die der einzelne oder jeweils kleinere Gemeinschaften erfüllen können. Was der Bürger allein, in der Familie und im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebensogut leisten kann, soll ihm vorbehalten bleiben.

Dort, wo der Bürger und kleine Gemeinschaften eigene Aufgaben aus eigener Kraft nicht mehr bewältigen können, müssen große Gemeinschaften und Staat Hilfe zur Selbsthilfe leisten, um eine Nichterfüllung dieser Aufgaben oder ihre Übernahme durch öffentliche Einrichtungen zu verhindern.

76 Wir brauchen eine überschaubare und menschliche Gestaltung des persönlichen Lebensraumes. Gerade weil gesellschaftliche und staatliche Großstrukturen, wie sie zum Beispiel durch bestimmte Verwaltungsreformen entstanden sind, nicht rasch und beliebig wieder zu ändern sind, muß dort, wo die Menschen wohnen und arbeiten, Stabilität, Übersichtlichkeit, Vertrautheit und mitverantwortliches Handeln ermöglicht werden. Wir wollen keine Gesellschaft, in der sich entwurzelte Menschen mit Mißtrauen und Neid begegnen. Wir wehren uns gegen eine Gesellschaft, in der Kinder ihren Eltern entfremdet und in Schulfabriken durchgeschleust werden. Wir wollen keine Mammutkrankenhäuser, in denen Kranke nur noch als Behandlungsnummer registriert werden. Wir wollen menschliche und familiengerechte Wohnungen und keine menschenfeindlichen Wohnsilos.

Ein Staat, der den Menschen die schöpferische Freiheit einengt und die private Initiative nimmt, ist nicht der Staat unseres Grundgesetzes.

77 Wir treten ein für das vorrangige Erziehungsrecht der Eltern. Unser Leitbild ist die partnerschaftliche Familie, in der Menschen Wärme, Geborgenheit und Liebe erfahren und Selbstentfaltungsmöglichkeiten finden. Hier ist auch der Ort, an dem Kinder früh die Grundtugenden menschlichen Zusammenlebens in einer Atmosphäre des Vertrauens erwerben.

Die Fähigkeit, Leben partnerschaftlich zu gestalten, Konflikte durchzustehen und gemeinsam zu überwinden, wirkt über die Familie hinaus und wird zum Angelpunkt für die menschenwürdigere Organisation unseres Arbeitslebens sowie aller übrigen Lebensbereiche.

Die CDU hält es für falsch, daß junge Menschen sich von der Welt der Erwachsenen abkapseln und in Gettogruppen flüchten. Daraus erwachsen gesellschaftliche Widersprüche, Einseitigkeiten und Spannungen, Erfahrungen zwischen den Generationen können nicht mehr ausgetauscht werden. Die CDU will daher eine jugendorientierte Gesellschaftspolitik, die das Zusammenleben der Generationen bewußt fördert. Unsere Gesellschaft ist angewiesen auf die Lebenserfahrungen der Älteren und die kritische Phantasie der Jungen.

78 Die Lebensverhältnisse unserer technisch-industriellen Welt sind auf den gesunden und leistungsfähigen Menschen abgestellt. Unsere Sorge gilt aber auch den Menschen, deren Leistungsfähigkeit aus unterschiedlichen Gründen eingeschränkt ist.

Dies sind die Kinder, denen nur geringer Spielraum bleibt, in die Welt der Erwachsenen langsam hineinzuwachsen; dies sind aber auch ältere und behinderte Menschen, die immer wieder Gefahr laufen, wegen der für sie unüberwindlichen Schwierigkeiten der technischen Welt aus der Gemeinschaft abgedrängt zu werden.

Es ist die moralische Verpflichtung der Leistungsfähigen, durch ihr Verhalten den Benachteiligten eine Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu gewährleisten.

- 76 Wir wollen überschaubare Gemeinden, in denen die Menschen als Bürger mitwirken können und die Chance haben, soziale, sportliche, kulturelle Einrichtungen in eigener Trägerschaft zu führen.
- 77 Wir wollen eine Stärkung des Föderalismus nicht nur im Verhältnis der Länder zum Bund, sondern auch im Verhältnis der Gemeinden zu den Ländern. Wir fordern eine Überprüfung der Gemeinschaftsaufgaben und die Abschaffung der Mischfinanzierung.
- 78 Wir wollen eine wirtschaftliche Ordnung mit möglichst vielen kleinen und mittleren Betrieben, die gewährleistet, daß die Menschen dort, wo sie wohnen, auch arbeiten und dort, wo sie arbeiten, auch eine Wohnung finden können. Die Vermenschlichung der Arbeitsbedingungen ist eines der wichtigsten Ziele. Die Arbeit hat nicht allein den Sinn, den Lebensunterhalt zu ermöglichen, sie soll den Menschen auch die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung geben.
- 79 Erwerbsarbeit ist nicht alles. Gefragt sind auch Tätigkeiten, die mehr dem täglichen Leben verbunden sind. Eigenarbeit, Hausarbeit, private soziale Arbeit innerhalb und außerhalb der Familie sind keine Nebentätigkeiten.
- 80 Wir fordern eine verständliche Sprache des Staates. Die Politiker und die Beamten sollen ihre Aufgabe in dem Bewußtsein erfüllen, daß sie Diener des Staates und seiner Bürger sind. Die Gesetze des Staates werden im Interesse der Bürger gemacht. Die Verwaltung muß den Verwaltungen und Behörden bei der Anwendung und Auslegung der Gesetze bewußt sein.
- 81 Unser Ziel einer gesellschaftlichen Ordnung ist die Entfaltung des Menschen als personales und soziales Wesen, der Vorrang freier Träger vor staatlicher Organisation, Dezentralisation statt Zentralismus, Wettbewerb statt staatlichem Dirigismus, Selbstverwaltung statt Bürokratie.

II. Mit der Jugend für eine lebenswerte Zukunft eintreten

- 82 Jugend braucht Verantwortung statt Bevormundung. Junge Menschen müssen früher und stärker als bisher vor die Notwendigkeit gestellt werden, für sich und andere Verantwortung zu tragen. Dem Recht auf Selbst- und Mitbestimmung entspricht die Pflicht, ein größeres Maß an Belastungen und Zwängen auszuhalten und zu tragen. Verantwortung bedeutet nicht nur, auf eigenen Füßen zu stehen und unabhängig zu sein, sondern auch für die Folgen und Konsequenzen der eigenen Entscheidung und des eigenen Tuns einzustehen.
- 83 Moderne Industriegesellschaften machen es jungen Menschen nicht leicht, sich ihnen zu entfalten und ihren Weg zu finden. Daher kommt der umfassenden Förderung differenzierter und wirksamer Angebote der Jugendarbeit — der offenen Jugendarbeit, der Arbeit der Jugendverbände, der außerschulischen Bildungsarbeit und der freien Jugendinitiativen und -gemeinschaften — eine besondere Bedeutung zu. Diese Bedeutung muß auch in Zeiten knapper Ressourcen angemessen Rechnung getragen werden. Förderung von Initiativen und Aktivitäten heißt jedoch nicht allein materielle Anreize schaffen.

- 84 Das Engagement freier Träger kann den Bedürfnissen der Jugendhilfe besser gerecht werden als staatliche Maßnahmen und ist darüber hinaus in aller Regel kostengünstiger. Die CDU setzt sich daher mit Nachdruck für die verstärkte Förderung der freien Träger und Vereine zur Sicherung eines pluralen Angebotes in der kommunalen Jugendarbeit ein. Dabei soll der Tatsache Rechnung getragen werden, daß sich das Leben junger Menschen nicht nur in anerkannten Jugendgemeinschaften und Jugendverbänden vollzieht. Auch den neu entwickelten Gesellungsformen junger Menschen ist in der staatlichen Förderung Rechnung zu tragen. Soziales und politisches Engagement sind dabei gleichgewichtig zu sehen. Bei der Aufstellung kommunaler Jugendpläne muß den Jugendlichen sowie den freien Trägern der Jugendarbeit eine rechtzeitige und umfassende Beteiligung ermöglicht werden.
- 85 Die offensichtlich stärker gewordene Gefährdung der Jugend durch Alkohol und Drogenmißbrauch, Verwahrlosung und durch andere zur Kriminalität führende Einflüsse weisen der Jugendarbeit auch prophylaktische und kompensatorische Aufgabenstellungen zu. Die CDU anerkennt nachdrücklich den Wert dieser jugendpflegerischen Arbeit. Sie sieht darin zugleich die Verpflichtung, diese Leistungen der Träger mit allen jugend-, familien-, sozial- und rechtspolitischen Mitteln zu unterstützen.
- 86 Gerade in seinen lokalen Lebensbezügen wird der Jugendliche mit einer Vielfalt unmittelbar erlebter Probleme konfrontiert. Hier erfährt er, daß er von den Auswirkungen politischer Entscheidungen direkt betroffen sein kann. Der Jugendliche kann die Möglichkeiten und Grenzen politischer Aktivität und Einflußnahme erfahren. Er kann erleben, daß die Verhältnisse nicht versteinert sein müssen, daß vielmehr Veränderungen möglich sind und Engagement sich lohnt. Gerade die Kommunalpolitik kann daher ein wichtiges Erfahrungsfeld demokratischer Praxis sein. Wenn Jugendliche ausreichend Gelegenheit erhalten, sich am Prozeß demokratischer Meinungsbildung und Meinungsfindung zu beteiligen, dann hat kommunale Jugendpolitik auch das Ziel erreicht, die Bereitschaft zum Engagement im demokratischen Staat zu fördern.
- 87 In einer Gesellschaft, die über immer mehr Freizeit verfügt, werden auch Angebote sinnvoller Betätigung und Gestaltung wichtiger. Jugendarbeit vollzieht sich zwar weitgehend in der Freizeit junger Menschen, will aber mehr sein als Freizeitgestaltung. Sie ist ein eigenständiger Bereich neben der Erziehung und Bildung in Familie, Schule und Beruf zur Erfüllung des Rechts des jungen Menschen auf Entfaltung und Entwicklung seiner Person.

III. Für eine Wiederbelebung menschlicher, sozialer und bürgerlicher Tugenden

- 88 Eine solche Gesellschaft kann allerdings nur Bestand haben, wenn die Menschen eine solche Gesellschaftsordnung durch gelebte Tugenden unterstützen. Gemeinsinn muß sich paaren mit Eigenverantwortung und Hilfsbereitschaft, Selbständigkeit mit Toleranz, Zivilcourage und Rücksichtnahme auf den anderen, Führungskraft mit Pflichtbewußtsein, unternehmerische Initiative mit Partnerschaft im Betrieb, Leistungsbereitschaft mit sozialer Verantwortung für den Schwächeren.

89 Wir stehen an einem Scheideweg. Entweder wir gehen in eine perfekt verwaltete aber kalte und deshalb unmenschliche Einheitsgesellschaft, oder wir gehen in eine Gesellschaft, die weiß, daß zur wahren Freiheit Menschlichkeit, Vertrauen und Geborgenheit gehören. Wir fordern die jungen Menschen auf, mit uns am Aufbau einer freiheitlichen und menschlichen Gesellschaft mitzuarbeiten. Wer aussteigt, begibt sich dieser Chance und verhält sich unsolidarisch.

90 Eine Gesellschaft, die auf den Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität aufbaut, braucht Bürger, die bereit sind, sich diesem Anspruch zu stellen. Wir wollen dazu die Möglichkeit schaffen. Wir sind davon überzeugt, daß jede Generation bereit ist, ihren Beitrag zu einer besseren Welt zu leisten.

Ergänzende Beschlüsse des Bundesparteitages zum Leitantrag

1. Die auf dem 29. Bundesparteitag beschlossene Zukunftskommission wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Bundesfachausschuß Jugendpolitik ein jugendpolitisches Programm zu erarbeiten. Dieses sollte eine Fortschreibung des Beschlusses des Bundesausschusses vom 12. Juni 1978 „Programm zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend“ beinhalten. Der Bundesausschuß soll im Jahre 1982 über dieses Programm Beschluß fassen.
2. Der Bundesvorstand wird beauftragt, spätestens bis 1983 konkrete Lösungen zu erarbeiten, die dem Generationenvertrag als 3-Generationen-Vertrag gerecht werden.
3. Der Bundesvorstand wird beauftragt, bis zum Herbst 1982 konkrete Vorstellungen zur Reform des Zulassungsverfahrens zum Hochschulstudium zu erarbeiten.